

Anerkennung der Änderung der Religionsgemeinschaftssteuerordnung der Freien Religionsgemeinschaft Alzey vom 4. Februar 2015

Die außerordentliche Gemeindeversammlung der Freien Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten)¹⁵ hat mit Beschluss vom 5.11.2014 die Religionsgemeinschaftssteuerordnung der Freien Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten) für das Land Rheinland-Pfalz, (StAnz. RLP Nr. 9 v. 9.3.1979, S. 178-79, Sp. 163 u. 164) wie folgt geändert.

1 § 3, Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

“Sind Ehegatten oder Lebenspartner beide kirchensteuerpflichtig, gehört aber nur ein Ehepartner oder Lebenspartner der Freien Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten an, so wird, sofern die Ehegatten oder Lebenspartner gemeinsam zur Einkommenssteuer veranlagt werden oder bei einem oder beiden Ehegatten oder Lebenspartnern ein Steuerabzug vom Arbeitslohn nach den Grundsätzen der Zusammenveranlagung vorgenommen wird, die Religionsgemeinschaftssteuer nach der Hälfte der Einkommens- bzw. Lohnsteuer erhoben.”

2 § 5 wird wie folgt neu gefasst:

“Die Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten) hat die Aufnahme oder Wiederaufnahme der in die Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten aufgenommenen oder wieder aufgenommenen den staatlichen und gemeindlichen Steuerbehörden mitzuteilen; sie hat ferner die in die Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten aufgenommenen oder wieder aufgenommenen Steuerpflichtigen anzuhalten, den Religionsvermerk auf der Bescheinigung für den Lohnsteuerabzug berichtigen zu lassen, wenn deren Arbeitgeber nicht am Abrufverfahren der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale teilnimmt.”

Die Änderungen treten mit dem Tag der Beschlussfassung in Kraft.

Alzey, den 4. Februar 2015

Philipp Eberlein

1. Vorsitzender

Olaf Boos

2. Vorsitzender

Die vorstehende Religionsgemeinschaftssteuerordnung der Freien Religionsgemeinschaft Alzey vom 4. Februar 2015 wird hiermit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 KiStG vom 24 Februar 1971 (GVBl. S. 39) anerkannt.

Mainz, den 16. Februar 2015

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Im Auftrag **Helmut Burckhardt**

Ministerium der Finanzen

Im Auftrag **Dr. Stefan Breinersdorfer**¹⁶

HUMANISTEN RHEINHESSEN - Freie Religionsgemeinschaft Alzey K.d.ö.R.
- staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft -
Gemeindeamt: 55232 Alzey, Am Rabenstein 14
www.freie-religionsgemein.de - mail@freie-religionsgemein.de
KSK Worms-Alzey-Ried: BIC: MALADE51WOR - IBAN: DE09553500100003069631

¹⁵Namensänderung in: Humanisten Rheinhessen, Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. mit Beschluss der Gemeindeversammlung v. 11.7.2015 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 44 v. 23.11.2015, Nr. 5486. S. 1129-30).

¹⁶Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 9 v. 16. März 2015, Nr. 1278, S. 282-283

RELIGIONSGEMEINSCHAFTSSTEUERORDNUNG UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTSSTEUERBESCHLUSS MIT ERGÄNZUNGEN

der HUMANISTEN RHEINHESSEN, Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R.

Religionsgemeinschaftssteuerordnung der Unitarischen Religionsgemeinschaft Freie Protestanten, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Die Gemeindeversammlung der Unitarischen Religionsgemeinschaft Freie Protestanten, Körperschaft des öffentlichen Rechts¹ hat aufgrund der Artikel 23 und 39 ihrer geänderten Verfassung vom 17. September 1978 (veröffentlicht im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz vom 13. November 1978, Nr. 43, S. 760)² und der §§ 1 u. 19 des Kirchensteuergesetzes des Landes Rheinland-Pfalz v. 24.2.1971 (GVBl. S. 59), geändert durch Landesgesetz vom 3.12.1974 (GVBl. S. 577) u. v. 23.12.1976 (GVBl. S. 301), für das Gebiet der *Freie Religionsgemeinschaft* am 17. September 1978 folgende Religionsgemeinschaftssteuerordnung erlassen:

§ 1

1. Religionsgemeinschaftssteuerpflichtig sind alle Mitglieder der *Freien Religionsgemeinschaft*, die in Rheinland-Pfalz ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Sinne der §§ 8 u. 9 der Abgabenordnung vom 16.3.1976 (BGBl. I, S. 613) haben.
2. Wer Mitglied der *Freien Religionsgemeinschaft* ist, wird durch die Verfassung der Religionsgemeinschaft bestimmt.
3. Beginn und Ende der Religionsgemeinschaftssteuerpflicht richtet sich nach dem Kirchensteuergesetz von Rheinland-Pfalz.

§ 2

¹Namensänderung in: Unitarische Religionsgemeinschaft Freie Protestanten, K.d.ö.R. (Freireligiös-humanistische Gemeinde) mit Beschluss der Gemeindeversammlung v. 16.5.1993 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 31 v. 30.8.1993, Nr. 4720. S. 855-857); Namensänderung in: Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten) mit Beschluss der Gemeindeversammlung v. 20.4.1996 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 27 v. 5.8.1996, Nr. 5311. S. 1057-58); Namensänderung in: Humanisten Rheinhessen, Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. mit Beschluss der Gemeindeversammlung v. 11.7.2015 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 44 v. 23.11.2015, Nr. 5486. S. 1129-30). Im Folgenden *Freie Religionsgemeinschaft* genannt.

²Entspricht den Artikeln 18, 23 u. 24 der geänderten Verfassungen v. 16.5.1993 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 31/1993 v. 30.8.1993, S. 855, v. 20.4.1996 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 27/1996 v. 5.8.1996, S. 1057-58), v. 7.4.2002 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 34/2002 v. 16.9.2002, S. 2137-38), v. 30.6.2007 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 37/2007 v. 8.10.2007, S. 1497) u. v. 11.7.2015 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 44/2015 v. 23.11.2015, S. 1129-30)

1. Zur Deckung des Finanzbedarfs der *Freie Religionsgemeinschaft* werden Religionsgemeinschaftssteuern erhoben.
2. Die Religionsgemeinschaftssteuern können erhoben werden einzeln oder nebeneinander
 - (a) vom Einkommen mit einem festen Hundertsatz der Einkommenssteuer (Lohnsteuer),
 - (b) vom Vermögen mit einem festen Hundertsatz der Vermögenssteuer,
 - (c) vom Grundbesitz mit einem festen Hundertsatz der Grundsteuermessbeträge, soweit diese auf Grundbesitz in Rheinland-Pfalz entfallen.

§ 3

Sind beide Ehegatten kirchensteuerpflichtig, gehört aber nur ein Ehepartner der *Freien Religionsgemeinschaft* an, so wird, sofern die Ehegatten zusammen zur Einkommenssteuer veranlagt werden oder bei einem oder beiden Ehegatten ein Steuerabzug vom Arbeitslohn nach den Grundsätzen der Zusammenveranlagung vorgenommen wird, die Religionsgemeinschaftsteuer nach der Hälfte der Einkommens- bzw. Lohnsteuer erhoben.

Liegen die Voraussetzungen für eine Zusammenveranlagung zur Einkommenssteuer nicht vor, so wird die Religionsgemeinschaftsteuer vom Einkommen des Gemeindegliedes nach der in seiner/ihrer Person gegebenen Steuerbemessungsgrundlage erhoben.

Im Übrigen gelten die staatlichen Bestimmungen.

§ 4

(1) Art und Höhe der Religionsgemeinschaftsteuer wird von der *Freien Religionsgemeinschaft* durch Beschluss festgelegt.

(2) Der Religionsgemeinschaftsteuerbeschluss wird nach Anerkennung durch die Staatsbehörde durch die *Freie Religionsgemeinschaft* bekannt gemacht. Der Religionsgemeinschaftsteuerbeschluss bleibt in Kraft, bis er durch einen neuen Beschluss abgeändert oder durch die staatliche Anerkennungsbehörde widerrufen wird.

§ 5

Die *Freie Religionsgemeinschaft* hat die Aufnahme oder Wiederaufnahme der in die *Freie Religionsgemeinschaft* Aufgenommenen oder Wiederaufgenommenen den staatlichen und gemeindlichen Steuerbehörden mitzuteilen; sie hat ferner die in die *Freie Religionsgemeinschaft* aufgenommenen oder wiederaufgenommenen Lohnsteuerpflichtigen anzuhalten, den Religionsvermerk auf der Lohnsteuerkarte berichtigen zu lassen.

§ 6

Die Veranlagung und Erhebung der Religionsgemeinschaftsteuer nach § 2, Abs. 2 a und b erfolgt durch die staatliche Finanzverwaltung; die Veranlagung und Erhebung der Religionsgemeinschaftsteuer nach § 2 Abs. 2 c erfolgt auf Antrag durch die Gemeinden nach den Vorschriften des Kirchensteuergesetzes des Landes Rheinland-Pfalz und den dazu ergangenen Durchführungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung.

Anerkennung der Änderung des Religionsgemeinschaftsteuerbeschlusses der Freien Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten)

Die außerordentliche Gemeindeversammlung der Freien Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten)¹¹ hat am 24. August 2013 die Änderung des Religionsgemeinschaftsteuerbeschlusses der Unitarischen Religionsgemeinschaft Freie Protestanten, Körperschaft des öffentlichen Rechts vom 17. September 1978¹², zuletzt geändert durch Beschluss vom 18. Dezember 2008 (StAnz. 2009 S. 497), beschlossen.

Nummer 1 Buchstabe a des Religionsgemeinschaftsteuerbeschlusses wird mit Wirkung ab dem 24. August 2013 wie folgt gefasst:

“a) 9 v. H. als Zuschlag zur Einkommens-, Lohn-, und Kapitalertragssteuer. Der Hebesatz gilt auch in den Fällen der Pauschalierung der Einkommenssteuer und Lohnsteuer; er wird auf 7 v. H. der Einkommenssteuer und Lohnsteuer ermäßigt, wenn der zum Steuerabzug Verpflichtete von der ihm zustehenden Nachweismöglichkeit, dass einzelne Empfänger nicht Mitglied der Freien Religionsgemeinschaft Alzey sind, keinen Gebrauch macht (Vgl. Erlass des Ministeriums der Finanzen Rheinland-Pfalz vom 23. Oktober 2012 (BStBl. 2012 I, S. 1083).”

Die vorstehende Änderung Religionsgemeinschaftsteuerbeschlusses der Freien Religionsgemeinschaft Alzey vom 24. August 2013 wird hiermit gemäß § 3 Abs. 1, Satz 2 KiStG vom 24. Februar 1971 (GVBl. S. 59) anerkannt.¹³

Mainz, den 23. Oktober 2013

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Im Auftrag **Helmut Burckhardt**

Ministerium der Finanzen

Im Auftrag **Dr. Stefan Breinersdorfer**¹⁴

¹¹Namensänderung in: Humanisten Rheinhessen, Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. mit Beschluss der Gemeindeversammlung v. 11.7.2015 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 44 v. 23.11.2015, Nr. 5486. S. 1129-30).

¹²Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz 1979, S. 179

¹³Mainz, 22.11.2007 - 972 Tgb. Nr. 2050/07

¹⁴Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 42 v. 18. November 2013, S. 1814

Anerkennung der Änderung des Religionsgemeinschaftssteuerbeschlusses der Freien Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten)⁸

Die außerordentliche Gemeindeversammlung der Freien Religionsgemeinschaft Alzey hat am 18. Dezember 2008 die Änderung des Religionsgemeinschaftssteuerbeschlusses der Unitarischen Religionsgemeinschaft Freie Protestanten, Körperschaft des öffentlichen Rechts vom 17. September 1978⁹, zuletzt geändert durch Beschluss vom 30. Juni 2007 (StAnz. S. 1882), beschlossen.

Nummer 1 Buchstabe a des Religionsgemeinschaftssteuerbeschlusses wird mit Wirkung ab dem 1. Januar 2009 wie folgt gefasst:

“a) 9 v. H. als Zuschlag zur Einkommens-, Lohn-, und Kapitalertragssteuer. Der Hebesatz gilt auch in den Fällen der Pauschalierung der Einkommenssteuer und Lohnsteuer; er wird auf 7 v. H. der Einkommens- und Lohnsteuer ermäßigt, wenn der zum Steuerabzug Verpflichtete von der ihm zustehenden Nachweismöglichkeit, dass einzelne Empfänger nicht Mitglied der Freien Religionsgemeinschaft Alzey sind, keinen Gebrauch macht (Vgl. Erlass des Ministeriums der Finanzen Rheinland-Pfalz vom 17. November 2006 (BStBl. 2006 I, S. 716, und vom 29. Oktober 2008, S. 2447 A-06-001-04-441).”

Der vorstehende Religionsgemeinschaftssteuerbeschluss der Freien Religionsgemeinschaft Alzey vom 18. Dezember 2008 wird hiermit gemäß § 3 Abs. 1, Satz 2 KiStG vom 24. Februar 1971 (GVBl. S. 59) anerkannt.

Mainz, den 27. Februar 2009

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

Im Auftrag **Andreas Schmallenbach**

Ministerium der Finanzen

Im Auftrag **Werner Widmann**¹⁰

⁸Namensänderung in: Humanisten Rheinhessen, Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. mit Beschluss der Gemeindeversammlung v. 11.7.2015 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 44 v. 23.11.2015, Nr. 5486. S. 1129-30).

⁹Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz 1979, S. 179

¹⁰Mainz, 22.11.2007 - 972 Tgb. Nr. 2050/07

§ 7

Die *Freie Religionsgemeinschaft* und die an der Veranlagung, Erhebung und Verwaltung der Religionsgemeinschaftssteuer beteiligten Personen sind zur Wahrung des Steuergeheimnisses nach Maßgabe der staatlichen Vorschriften verpflichtet.

§ 8

1. Gegen die Heranziehung zur Religionsgemeinschaftssteuer steht dem/der Religionsgemeinschaftssteuerpflichtigen der Widerspruch nach Maßgabe der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21.1.1960 (BGBl. I, S. 17) in der jeweils geltenden Fassung zu.
2. Widersprüche gegen die Religionsgemeinschaftssteuer nach Maßgabe des Einkommens sind beim Finanzamt einzulegen, das vor seiner Entscheidung die *Freie Religionsgemeinschaft* zu hören hat. - Im Falle der Erhebung der Religionsgemeinschaftssteuer nach § 2 Abs. 2 c ist der Widerspruch bei der Gemeindeverwaltung einzulegen, sofern dieser der Einzug der Religionsgemeinschaftssteuer übertragen worden ist.
3. Die Einlegung hat für die Verpflichtung zur Zahlung der Religionsgemeinschaftssteuer keine aufschiebende Wirkung.

§ 9

Für die Stundung und den Erlass ist, unbeschadet der Regelung des § 14, Abs. 4 des Kirchensteuergesetzes des Landes Rheinland-Pfalz, die *Freie Religionsgemeinschaft* zuständig.

§ 10

Diese Religionsgemeinschaftssteuerordnung tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.
Alzey, den 17. September 1978

Walter Häußer
(Der Vorsitzende)

Karl Heinz Feld
(Der Schriftführer)

Die vorstehende Religionsgemeinschaftssteuerordnung vom 17. September 1978 wird hiermit gemäß § 3 Abs. 1 KiStG anerkannt.

Mainz, den 2. März 1979

Kultusministerium Rheinland-Pfalz

i. A. Dr. Sofsky

Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz

i. A. Bonsels

Religionsgemeinschaftssteuerbeschluss der Unitarischen Religionsgemeinschaft Freie Protestanten, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Die Gemeindeversammlung der Unitarischen Religionsgemeinschaft Freie Protestanten, Körperschaft des öffentlichen Rechts³ hat aufgrund der Artikel 23 u. 39⁴ ihrer am 17. September 1978 geänderten Verfassung (veröffentlicht im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz vom 13. November 1978, Nr. 43, S. 760) und der §§ 2 Abs. 2 und 19 des Kirchensteuergesetzes des Landes Rheinland-Pfalz v. 24. Februar.1971 (GVBl. S. 59), geändert durch Landesgesetz vom 3.12.1974 (GVBl. S. 577) u. v. 23.12.1976 (GVBl. S. 301), in Verbindung mit § 4 Religionsgemeinschaftssteuerordnung der *Freien Religionsgemeinschaft* vom 17. September 1978 am 17. September 1978 folgenden **Religionsgemeinschaftssteuerbeschluss** gefasst:

1. Vom 1. Januar 1980 ab werden folgende Religionsgemeinschaftssteuerhebesätze festgelegt:
 - (a) 9 v. H. Als Zuschlag zur Einkommenssteuer (bzw. Lohnsteuer)
 - (b) 20 v. H. Der Grundsteuermessbeträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuermessbetrag A)
2. Dieser Beschluss gilt bis auf Weiteres.

Alzey, den 17. September 1978

Walter Häußer
(Der Vorsitzende)

Karl Heinz Feld
(Der Schriftführer)

Der vorstehende Religionsgemeinschaftssteuerbeschluss vom 17. September 1978 wird hiermit gemäß § 3 Abs. 1 KiStG anerkannt.

Mainz, den 2. März 1979

Kultusministerium Rheinland-Pfalz

i. A. Dr. Sofsky

Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz

i. A. Bonsels

³Namensänderung in: Unitarische Religionsgemeinschaft Freie Protestanten, K.d.ö.R. (Freireligiös-humanistische Gemeinde) mit Beschluss der Gemeindeversammlung v. 16.5.1993 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 31 v. 30.8.1993, Nr. 4720. S. 855-857); Namensänderung in: Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten) mit Beschluss der Gemeindeversammlung v. 20.4.1996 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 27 v. 5.8.1996, Nr. 5311. S. 1057-58); Namensänderung in: Humanisten Rheinhessen, Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. mit Beschluss der Gemeindeversammlung v. 11.7.2015 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 44 v. 23.11.2015, Nr. 5486. S. 1129-30). Im Folgenden *Freie Religionsgemeinschaft* genannt.

⁴Entspricht den Artikeln 18, 23 u. 24 der geänderten Verfassungen v. 16.5.1993 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 31/1993 v. 30.8.1993, S. 855, v. 20.4.1996 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 27/1996 v. 5.8.1996, S. 1057-58), v. 7.4.2002 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 34/2002 v. 16.9.2002, S. 2137-38), v. 30.6.2007 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 37/2007 v. 8.10.2007, S. 1497) u. v. 11.7.2015 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, Nr. 44/2015 v. 23.11.2015, S. 1129-30)

Anerkennung der Änderung des Religionsgemeinschaftssteuerbeschlusses der Freien Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten)

Die außerordentliche Gemeindeversammlung der Freien Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. (Humanistische Gemeinde Freier Protestanten)⁵ hat am 30. Juni 2007 die Änderung des Religionsgemeinschaftssteuerbeschlusses der Unitarischen Religionsgemeinschaft Freie Protestanten, Körperschaft des öffentlichen Rechts vom 17. September 1978⁶ beschlossen.

“Der Hebesatz gilt auch in den Fällen der Pauschalierung der Lohnsteuer. Macht der Arbeitgeber von der Vereinfachungsregelung nach Nummer 1 des Erlasses des Ministeriums der Finanzen Rheinland-Pfalz vom 17. November 2006 (BStBl. 2006 I, S. 716) Gebrauch, beträgt der Steuersatz 7 % der Lohnsteuer. Entsprechendes gilt bei Pauschalierung der Einkommenssteuer gemäß § 37 b Abs. 2 des EStG und bei Anwendung der Vereinfachungsregelung des Erlasses des Ministeriums der Finanzen Rheinland-Pfalz vom 29. Dezember 2006 (BStBl. 2007 I, S. 79)”.

Der vorstehende Religionsgemeinschaftssteuerbeschluss der Freien Religionsgemeinschaft Alzey vom 30. Juni 2007 wird hiermit gemäß § 3 Abs. 1, Satz 2 KiStG vom 24. Februar 1971 (GVBl. S. 59) anerkannt.⁷

Mainz, den 7. November 2007

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

i. A. Helmut Burckhardt

Ministerium der Finanzen

i. A. Werner Widmann

⁵Namensänderung in: Humanisten Rheinhessen, Freie Religionsgemeinschaft Alzey, K.d.ö.R. mit Beschluss der Gemeindeversammlung v. 11.7.2015 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 44 v. 23.11.2015, Nr. 5486. S. 1129-30).

⁶Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz 1979, S. 179

⁷Mainz, 22.11.2007 - 972 Tgb. Nr. 2050/07